

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR und der BA  
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs  
am 28./29.10.2004

3. Versicherungsrechtliche Beurteilung von so genannten Ein-Euro-Jobs

---

- 103.5/311/314.10/411.44 -

Nach dem vom 01.01.2005 an geltenden § 16 Abs. 3 SGB II sollen für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die keine Arbeit finden können, Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Für diese zusätzlichen Arbeiten, die von kommunalen und freien Trägern sowie von gemeinnützigen Einrichtungen und Vereinen angeboten werden, ist den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zuzüglich zum Arbeitslosengeld II eine Entschädigung für Mehraufwendungen zu zahlen, die pro Arbeitsstunde ca. 1 EUR bis 2 EUR betragen soll. Nach ausdrücklicher Bestimmung in § 16 Abs. 3 Satz 2 zweiter Halbsatz SGB II begründen diese so genannten Ein-Euro-Jobs kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts.

Ein Beschäftigungsverhältnis im sozialversicherungsrechtlichen Sinne setzt eine Beschäftigung gegen Arbeitsentgelt - also den Austausch von Arbeit und Entgelt - voraus. Die Mehraufwandsentschädigung in Höhe von ca. 1 EUR bis 2 EUR pro Arbeitsstunde stellt indes keinen angemessenen Gegenwert für die geleistete Arbeit dar. Aus diesem Grunde sind die Besprechungsteilnehmer der Meinung, dass die Arbeitsgelegenheiten im Sinne des § 16 Abs. 3 SGB II auch kein Beschäftigungsverhältnis im sozialversicherungsrechtlichen Sinne begründen. Damit liegt auch keine geringfügige Beschäftigung im Sinne des § 8 SGB IV vor, so dass für den Arbeitgeber weder eine Meldepflicht nach § 28a SGB IV noch eine Beitragspflicht nach § 249b SGB V bzw. § 172 Abs. 3 SGB VI besteht.

- unbesetzt -